

# Nein zur Privatisierung des Hoheitlichen !

Nein zum Ausverkauf des Staates und zur Vermischung staatlicher Aufgaben mit privatwirtschaftlichen Interessen.

Private **Bewährungshelfer** in Baden-Württemberg.

Beinahe-Privatisierung von **Polizeistreifen** in Bremen.

Vergabe der **Bauaufsicht** an privat – Einsturz des Stadtarchivs in Köln ?

Privatisierung der **Bundeswehrwäscherei** – missbraucht für Drogenschmuggel aus Afghanistan?

Teilprivatisiertes **Gefängnis** in Hünfeld.

Privatisierung der **Gerichtsvollzieher**.

Privatisierung des **Eisenbahnbundesamtes** ?

Privatisierung von **Forstämtern** – **Kahlschlag** im Wald ?

Der heutige **Verfassungsrichter** Prof. Dr. Voßkuhle **erkannte** bereits im Oktober **2002** die **Verfassungswidrigkeit** der Privatisierung hoheitlicher Aufgaben.

## **Demonstration am 08.05.2010 in Wuppertal ! von 10.00 – 14.00 am Werth in Barmen**

Am **08.05.2010** protestieren Bürgerinnen und Bürger aus dem Bergischen Land friedlich als Zeichen ihres demokratischen Widerstands für den Erhalt der Ordnung des Grundgesetzes und gegen den Ausverkauf des Staates.

Treffpunkt ist am **Werther Brunnen** in der **Fußgängerzone** in **Wuppertal-Barmen** um **10.00 Uhr** mit einer **Auftaktkundgebung**. Von dort zieht die Demonstration ab **11.00 Uhr** innerhalb der Fußgängerzone über Werth, Alten Markt, Schuchardtstr. und Lindenstr. bis vor das Barmer Rathaus, wo die **große Abschlusskundgebung** mit Redebeiträgen von Vertretern der Organisationen, die ihre Teilnahme zugesagt haben, folgt.

Die Demonstration wird organisiert von der Bürger- und Menschenrechtlerin Sarah Luzia Hassel-Reusing in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Bergisch Land der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp). Grundgesetztreue Einzelpersonen sind herzlich willkommen. Wer als gewählter Funktionsträger für eine grundgesetztreue Organisation teilnehmen möchte, meldet sich bitte bei der Organisatorin, damit die Zahl der Teilnehmer eingeschätzt werden kann.

Die Liste der Organisationen, die ihre Teilnahme **schriftlich** (per Brief, Fax oder e-mail) zugesagt haben, befindet sich unter <http://unser-politikblog.blogspot.com/2010/03/nein-zur-privatisierung-des.html>

Weitere Informationen zur Demonstration finden Sie auf der Webseite des ödp-KV Bergisch Land [www.umweltsparen.de](http://www.umweltsparen.de) sowie unter <http://unser-politikblog.blogspot.com/2010/03/nein-zur-privatisierung-des.html>

V.i.S.d.P.:

Sarah Luzia Hassel-Reusing, Thorner Str. 7, 42283 Wuppertal, Tel./Fax: 0202/2502621

Bürger- und Menschenrechtlerin <http://unser-politikblog.blogspot.com>

in Zusammenarbeit mit dem KV Bergisch Land der ödp ([www.umweltsparen.de](http://www.umweltsparen.de))

# Schützt die freiheitlich-demokratische Grundordnung

## Nein zur Privatisierung von Behörden, Sicherheitsorganen und Justiz

Von Millionen Bürgern, aber auch von den meisten Politikern, unbemerkt wurde über den **Lissabon-Vertrag** (Art. 2 von Protokoll 26) ins EU-Recht die grundsätzliche Pflicht zur Vergabe hoheitlicher Aufgaben ("nicht-wirtschaftliche Dienste von allgemeinem Interesse") an Privatfirmen eingeschmuggelt. Ein Staatsformwechsel in 27 Staaten vom Leistungsstaat zum fast vollständig privatisierten Gewährleistungsstaat.

Die Vergabe hoheitlicher Aufgaben an privat ist **verfassungswidrig**. Laut dem **Funktionsvorbehalt** (Art. 33 Abs. 4 GG) dürfen hoheitliche Aufgaben grundsätzlich nur von Personen ausgeführt werden, die direkt abhängig beim Staat beschäftigt sind, und die wegen der notwendigen Neutralität einen Treueeid auf diesen geleistet haben – nicht von Personen, deren Arbeitsplatz von ihrer Loyalität zu einem privaten Arbeitgeber abhängt.

Im **Koalitionsvertrag der Bundesregierung** von CDU, CSU und FDP steht sogar die Absicht (Rn. 584-591), grundsätzlich alles an privat zu vergeben, was Privatfirmen billiger können. Darüber hinaus will man sich von zahlreichen staatlichen Aufgaben ganz trennen (Rn. 600-605).

Schwarz-gelb hat in Baden-Württemberg die Bewährungshelfer privatisiert. Im schwarz-gelben Hessen gibt es ein **teilprivatisiertes Gefängnis** in Hünfeld. Im rot-grünen Bremen wäre beinahe ein Teil der **Polizeistreifen** an Sicherheitsfirmen vergeben worden, unter der schwarz-roten Bundesregierung beinahe der Außendienst der **Hartz IV - Argen** an Privatdetektive. Durchschnittlich 100 privatwirtschaftliche **Lobbyisten** sitzen gleichzeitig **in deutschen Ministerien**. Zahlreiche nicht-kämpfende Aufgaben der **Bundeswehr** sind unter der schwarz-roten Bundesregierung an Private vergeben worden, laut einer Pressemitteilung vom 27.10.2006 zur grünen Marktwirtschaft ging das den Grünen damals noch nicht weit genug.

**Demokratie** und **Rechtsstaat** stehen auf dem Spiel und ebenso alle sieben Punkte der **freiheitlich-demokratischen Grundordnung** (Art. 18 GG, §4 Abs. 2 BVerfSchG) insbesondere angesichts der Durchtrennung der demokratischen Legitimationskette, und weil bei Vergabe hoheitlicher Bereiche an Private die Dienstaufsicht und damit die Durchsetzung des Willkürverbots nicht mehr sichergestellt werden kann. Der "Gewährleistungsstaat" ist ein präzedenzloses Einfallstor für Korruption und Vetternwirtschaft.

Prof. Dr. Voßkuhle, heute Vorsitzender des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts, hat im Oktober 2002 in These 12 einer Rede vor der Staatsrechtlervereinigung VVDStRL in St. Gallen angesichts des Kontrollverlustes des Staates festgestellt, dass das Grundgesetz schon "vom Ansatz her" (also von der Verfassungsidentität her) auf "ein Mixtum zwischen Staat und Gesellschaft" "nicht eingerichtet" ist.

**Der heimliche Staatsformwechsel zum "Gewährleistungsstaat" ist verfassungswidrig und darf nicht vollzogen werden!**

**Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaat gehen vor !**

**Nein zu Staatsauflösung und verdeckter Konzernaristokratie !**